



Geschäftsführung Ausschuss Schule und Weiterbildung

Herr Klais

Telefon: (0221) 221 29366

Fax: (0221)

E-Mail: bruno.klais@stadt-koeln.de

Datum: 02.03.2018

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 22.01.2018, 15:00 Uhr bis 18:40 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Nils Helge Schlieben	CDU
Herr Franz Philippi	SPD
Frau Birgitta Nesseler-Komp	CDU
Herr Bürgermeister Dr. Ralf Heinen	SPD
Frau Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes	SPD
Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU
Frau Anneliese Hauser	CDU
Frau Ulrike Kessing	GRÜNE
Herr Horst Thelen	GRÜNE
Herr Gerhard Brust	GRÜNE
Herr Heiner Kockerbeck	DIE LINKE
Frau Stefanie Ruffen	FDP

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Frau Monika Möller	SPD
--------------------	-----

Beratende Mitglieder

Herr Alexander Kau	auf Vorschlag der AfD
Frau Lisa Hanna Gerlach	BUNT
Herr Bodo Busch	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
Frau Hildegard Fuhrmann	auf Vorschlag der SPD
Frau Dagmar Naegele	auf Vorschlag der SPD
Herr Martin Roth	auf Vorschlag der SPD
Frau Angelika Riedel	auf Vorschlag der CDU
Herr Dr. Klaus Zimmermann	auf Vorschlag der CDU

Frau Bärbel Hölzing	auf Vorschlag GRÜNE
Herr Oswald Pannes	auf Vorschlag DIE LINKE
Frau Maria Katharina Westphal	auf Vorschlag der FDP
Frau Utta Brauweiler-Fuhr	Evangelische Kirche
Frau Stefanie Esser	Katholische Kirche
Herr Reinhold Goss	Schulpflegschaft Köln
Frau Beate Grashof	Evangelische Kirche
Frau Sarah Niknamtavin	BezirksschülerInnenvertretung Köln

Verwaltung

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Inge Halberstadt-Kausch SPD

Beratende Mitglieder

Frau Ebru Coban Integrationsrat
Frau Annette Kellinghaus-Klingberg auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behinderten-
politik

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Stephanie Stangier auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behinderten-
politik

Beratende Mitglieder

Frau Dr. Cornelia Herbers-Rauhut CDU
Herr Gerson Wirth auf Vorschlag der Grünen

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Michael Bold Katholische Kirche
Frau Manuela Laukat Schulpflegschaft Köln
Herr Luis May BezirksschülerInnenvertretung Köln

Beratende Mitglieder

Herr Dr. Felix Schotland Synagogengemeinde

Die Verwaltung teilt mit, dass die aktuelle Ausgabe der Schulpost ausgelegt wurde. Außerdem wurden das neue VHS-Programm sowie eine Publikation zur Mitteilung „pädagogische Begleitung und Integrationshilfen für Roma-Familien“ verteilt.

Zur Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde wie folgt ergänzt:

- die bereits mit Tischvorlage vom 27.11.2017 umgedruckte Anfrage AN/1736/2017 nebst der dazugehörigen Beantwortung unter TOP 3.1.3
- die neuen Anfragen unter TOP 3.2.1, 3.2.2, 3.2.3 und 3.2.4 sowie die Beantwortungen zu TOP 3.2.1 und TOP 3.2.2
- die Beschlussvorlagen unter TOP 4.3 und 4.4
- die Mitteilungen unter TOP 5.7, 5.8 im öffentlichen Teil und TOP 9.2, 9.3 im nicht-öffentlichen Teil der Sitzung.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Allgemeines

- 1.1 Verpflichtung sachkundiger Bürger oder Einwohner/innen
- 1.2 Gleichstellungsrelevante Themen
- 1.3 Regelmäßige Berichterstattung aus dem Aktionsbündnis Schulbau, TOP 1.3 0001/2018

2 Anträge gemäß § 3 und 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 3.1 Frühere Anfragen
 - 3.1.1 Finanzierung von Angeboten Kultureller Bildung - AN/1501/2017 3641/2017
 - 3.1.2 GGS Kopernikusstr. - Sachstandsmitteilung Erweiterungsbau 3968/2017
 - 3.1.3 Errichtung einer vierzügigen Gesamtschule auf dem Gelände der Elsa-Brändström-RS in Lindenthal AN/1736/2017

Errichtung einer vierzügigen Gesamtschule auf dem Gelände der Elsa-Brändström-Realschule in Lindenthal
0244/2018

3.2 Neue Anfragen

3.2.1 Schulreservergrundstück in Köln Wahn/Libur
AN/0078/2018

Schulreservegrundstück in Wahn/Libur, Anfrage CDU-Fraktion
AN/0078/20187
0230/2018

3.2.2 Unterrichtsbetrieb und Kostenstruktur der Rheinischen Musikschule
AN/0079/2018

Unterrichtsbetrieb und Kostenstruktur der Rheinischen Musikschule
0247/2018

3.2.3 Impfschutz in Köln
AN/0080/2018

3.2.4 Kernsanierung der Heinrich-Böll-Gesamtschule
AN/0075/2018

4 Vorlagen der Verwaltung

4.1 Beschluss über die kommunale Klassenrichtzahl und somit die Zahl der Eingangsklassen der Kölner Grundschulen in städtischer Trägerschaft und die Festlegung der Schulplätze in diesen Klassen für das Schuljahr 2018/19
3948/2017

4.2 Zusätzliche Mittel für Inklusion und Integration im Rahmen der offenen Ganztagschule im Primarbereich
3811/2017

4.3 Planungsaufnahme zur Errichtung eines Erweiterungsbaus für die GGS Kopernikusstr. 40-42, 51065 Köln
2628/2017

4.4 Beschaffung und Aufstellung von Containereinheiten zur kurzfristigen Schaffung dringend notwendiger, zusätzlicher Schülerplätze
3518/2017

5 Mitteilungen

- 5.1 ZMI – Zentrum für Mehrsprachigkeit und Integration: „Eckpunkte zur Integration von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen in Kölner Schulen“
3585/2017
- 5.2 BAN Baufeld A Hansa-Gymnasium - Sachstand zu Verzögerungen
3887/2017
- 5.3 Wiedereinführung des G9-Bildungsgangs an Gymnasien - Informationen zum geplanten Schulrechtsänderungsgesetz und zur Umsetzung in Köln
0014/2018
- 5.4 Durchführungskonzept Kölner Jugendbefragung 2018
4042/2017
- 5.5 VHS Köln: Integrationskursträger für weitere fünf Jahre
0096/2018
- 5.6 Das VHS-Programm für das 1. Semester 2018 liegt vor
0097/2018
- 5.7 Beantragte Zügigkeitserhöhung am Stadtgymnasium Porz und dem Friedrich-Wilhelm-Gymnasium
3953/2017
- 5.8 Erfahrungsbericht zum Projekt „Pädagogische Begleitung und Integrationshilfen für Roma-Familien“ (2010-2016)
0045/2018

6 Anfragen

7 Verschiedenes

II. Nichtöffentlicher Teil

8 Gleichstellungsrelevante Themen

9 Personalien

- 9.1 Besetzung der Schulleitungsstelle der Gemeinschaftshauptschule Nelson Mandela, Wuppertalerstr. 19 51067 Köln
3881/2017
- 9.2 Besetzung der Stelle Schulleitung an der KGS Janusz-Korczak-Schule, Am Altenberger Kreuz 14, Köln-Porz
0237/2018

9.3 Besetzung der Stelle Schulleitung an der Carl-von-Ossietzky-Gesamtschule
(Köln-Nippes)
0107/2018

10 Vorlagen

11 Mitteilungen

11.1 Sanierung Rheinische Musikschule im Wege der Wohnungsbaupoffensive
3567/2017

12 Anfragen

13 Verschiedenes

I. Öffentlicher Teil

1 Allgemeines

1.1 Verpflichtung sachkundiger Bürger oder Einwohner/innen

1.2 Gleichstellungsrelevante Themen

1.3 Regelmäßige Berichterstattung aus dem Aktionsbündnis Schulbau, TOP 1.3 0001/2018

Herr Philippi, SPD-Fraktion, zeigt sich bestürzt darüber, dass sich nicht nur Verzögerungen bei der Gesamtschule Nippes ergeben und zudem der Schulneubau auf dem Heliosgelände verzögert fertig wird. Für die SPD unverständlich ist, dass sich nun auch noch die Fertigstellung der Mensa am Dellbrücker Mauspfad verzögert.

Herr Thelen, Bündnis 90/Die Grünen, fragt wann mit dem Ergebnis der Standortprüfung für eine Komplettauslagerung der Schule Escher Straße gerechnet werden kann, was es mit der Reduzierung des Baukörpers in der Frankstraße (Anlage 1) auf sich hat und zu Anlage 2, ob das Verfahren für die modularen Bauten im Dezember abgeschlossen wurde.

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP) stellt fest, dass das Aktionsbündnis eingerichtet worden ist, um die einzelnen Prozesse besser aufeinander abzustimmen. Mitunter entstehe jedoch der Eindruck, dass eher oft mitgeteilt wird, was nicht läuft. Sie fragt sich deswegen, was das Aktionsbündnis tatsächlich bringt.

Frau Kessing, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bittet zum Schulstandort Ossietzkystraße um Mitteilung des Ergebnisses des Gespräches vom 11. Januar und um eine Aussage, wie sichergestellt wird, dass zum Beginn des Schuljahres Platz für vier weitere Schulklassen vorhanden ist.

Frau Scho-Antwerpes, SPD-Fraktion, stellt fest, dass es offensichtlich bislang nicht gelungen sei, im Schulausschuss mit dem Baudezernenten zu diskutieren. Es könne nicht sein, dass alle Fragen zu Bauangelegenheiten von der Schuldezernentin entgegengenommen werden müssen, die dann nur an die Gebäudewirtschaft weitergereicht werden können. Sie erneuert ihre Forderung, der Baudezernent oder seine Vertretung möge zwecks Beschleunigung der Prozesse im Schulausschuss mitwirken.

Frau Dr. Klein erläutert zur Nachfrage von Herrn Dr. Schlieben und Frau Ruffen zum Aktionsbündnis, dass sie dieses weiterhin für notwendig hält, um zeitnah die wichtigen Bauprojekte besprechen zu können und Steuerungsmöglichkeiten zu haben. Sie stellt fest, dass es durchaus Erfolge gibt, beispielsweise sei es nur so ermöglicht worden, den Start der Schule Wasseramselweg bereits zum Schuljahr 2018 voranzutreiben. Das Aktionsbündnis selbst tagt alle vier bis 6 Wochen; seitens des Schuldezernates nehmen sie selbst, die Leiterin des Amtes für Schulentwicklung sowie der Leiter der Integrierten Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung. Seitens des Baudezernats nimmt die Amtsleitung der Gebäudewirtschaft teil. Frau Dr. Klein geht davon aus, dass künftig auch die Spitze des Baudezernates und deren Amtsleiter im Aktionsbündnis vertreten sein werden. Frau Blome hat sich im Rahmen ihrer Vertretung für das Baudezernat bereits in die Gesprächsrunden bei IV eingebracht.

Zum Teilstandort Frankstraße führt sie aus, dass unter Beachtung des pädagogischen Raumkonzeptes so geplant werden soll, dass auch die Stadtplanung zustimmen kann. Zur Erläuterung der anstehenden Generalinstandsetzung des Dreikönigsgymnasiums bemerkt sie, dass es keine Kleinigkeit sei, ein ganzes Gymnasium auszulagern. Es gebe mittlerweile ein dafür favorisiertes Grundstück. Zur Schule Ossietzkystraße habe es nach den Ferien ein gemeinsames Gespräch mit Bezirksregierung, Schulleitung, Schülerinnen und Schülern sowie den Eltern gegeben, in dem die weiteren Schritte vereinbart worden sind. Zusätzliche Schulräume können auf diesem Grundstück nicht mehr geschaffen werden, auch die weitere Inanspruchnahme des Parks scheidet aus. Der Raumbedarf muss im Bestand abgebildet werden. Das Schuldezernat hilft intensiv bei der Turnhallensituation. Das gleiche gilt für die Suche nach Räumlichkeiten für Veranstaltungen.

Herr Gerhards, Gebäudewirtschaft, ergänzt zu den beiden Schulen Frankstraße und Escher Straße, dass diese zum 15er-Maßnahmenpaket gehören und bearbeitet werden.

Zur Frage des Herrn Thelen bemerkt er, dass das VGV-Verfahren abgeschlossen sei. Der entsprechende Planer hat bereits an anderer Stelle solche Modulsegmente realisiert. Hinsichtlich der Mensa am Dellbrücker Mausepfad war mit Hochtief abgesprochen, dass diese Ostern 2018 bereitstehen sollte. Allerdings hat Mitte des vergangenen Jahres der Projektleiter gewechselt. Deswegen musste im Dezember 2017 ein neuer Vertrag abgeschlossen werden. Der neue Termin wird nun der Sommer 2018 sein; das ist dadurch begründet, dass wiederum dessen Kooperationspartner nicht schneller sein kann.

Herr Thelen fragt nach den Regressmöglichkeiten hinsichtlich der Baumängel an der Schule Ossietzkystraße. Dazu bemerkt Herr Gerhards, dass der Baubeschluss 2015 gefasst wurde und es ein Jahr Verlust wegen der Vergabebeschwerde gegeben habe. Aktuell sei nun der Trockenbau im Verzug gewesen, was die Gebäudewirtschaft jedoch nicht erfahren hat. Er stellt fest, dass keine Baumängel in diesem Sinne bestehen; für den Trockenbau gibt es nun einen Ersatzvertragspartner, welcher auch leistungsfähig ist.

Auf eine Anmerkung von Herrn Dr. Heinen, SPD-Fraktion, informiert Herr Gerhards, dass die Gebäudewirtschaft aufgrund der personellen Situation eine Eigenleistungsquote von 30 % erbringt; mehr sei mit eigenen Mitteln leider nicht leistbar.

Herr Dr. Schlieben nimmt Bezug auf die KGS/ GGS Cäsarstraße, für die in der Schulentwicklungsplanung eine Erhöhung der Zügigkeit beschrieben wäre. Dazu bittet er um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. ist durch die oben beschriebene Maßnahme eine Mehrklassenbildung bzw. eine Zügigkeitserweiterung an der KGS Cäsarstraße möglich?
2. Falls ja, wann kann die Umbaumaßnahme erfolgen und wann könnte die Mehrklassenbildung umgesetzt werden?
3. Falls nein, welche anderen Möglichkeiten sieht die Verwaltung, kurzfristig eine Mehrklassenbildung zu ermöglichen?
4. Kann eine Erweiterung des gesamten Grundschulstandortes Cäsarstraße durch eine Aufstockung des vorhandenen Gebäudes erfolgen?

Herr Dr. Schlieben bemerkt, dass im November 2017 der Aufstellungsbeschluss für das Plangebiet Rondorf Nord-West getroffen worden ist. Darin sind 2 Standorte für Schulen vorgesehen; dazu bittet er um den Sachstand für die beiden Schulen und Darstellung der Planung.

Eine weitere Nachfrage bezieht sich auf den Standort Brauweiler; hierzu bittet Herr Dr. Schlieben um Auskunft, wie die Eltern im Stadtbezirk 3 erfahren, ob sie an dieser Schule in Brauweiler ihre Kinder anmelden können.

Frau Dr. Klein sagt zu, die Frage zu Rondorf schriftlich zu beantworten. Zur Schule in Brauweiler bemerkt sie, dass gerade die Vertragstexte zwischen den beiden Kommunen abgestimmt werden; die Vereinbarung soll zum Schuljahr 2019/20 greifen. Zum Schuljahresbeginn 2018/19 wird diese Schule so viele Kinder aufnehmen wie in den letzten Jahren. Das bedeutet, dass ca. 40 % der Kinder aus Köln kommen. Allerdings sei dabei das Aufnahmerecht der Schulleitung zu beachten. Angedacht ist, für die Pulheimer Schulen schulrechtlich ein vergrößertes Aufnahmegebiet festzulegen. Hierzu erfolgt eine Aufnahme in die Info-Broschüre. Die Absprache zwischen den Schulträgern wird durch die Bezirksregierung Köln unterstützt.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

2 Anträge gemäß § 3 und 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Frühere Anfragen

**3.1.1 Finanzierung von Angeboten Kultureller Bildung - AN/1501/2017
3641/2017**

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

**3.1.2 GGS Kopernikusstr. - Sachstandsmitteilung Erweiterungsbau
3968/2017**

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

**3.1.3 Errichtung einer vierzügigen Gesamtschule auf dem Gelände der Elsa-Brändström-RS in Lindenthal
AN/1736/2017**

**Errichtung einer vierzügigen Gesamtschule auf dem Gelände der Elsa-Brändström-Realschule in Lindenthal
0244/2018**

Herr Philippi erinnert an den gemeinsamen Antrag, mit einer Gesamtschule an diesem

Standort starten zu wollen. Er stellt fest, dass vor dem Hintergrund des bestehenden Schulbaunotstandes dieser Standort nicht so einfach aufgegeben werden könne und plädiert für eine vertiefte Prüfung.

Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, bemerkt zur Seite 5 der Anlage 1, dass dort betont werde, für die Prüfung müsste eine Bauvoranfrage gestellt werden. Sie regt an, auch so zu verfahren, um eine definitive planungsrechtliche Aussage zu erhalten.

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner (CDU), nimmt Bezug auf die einheitliche Auffassung des Schulausschusses zugunsten dieses Standortes. Er ist erstaunt, dass nun ein Zeitraum von 8 Jahren genannt wird nur um das Planungsrecht zu prüfen. Er plädiert dafür, hier nachdrücklich alle Möglichkeiten zu verifizieren.

Herr Brust, Bündnis 90/Die Grünen weist darauf hin, dass hier mehrere Planungsrechtsverfahren durchgeführt werden müssen und bittet um Auskunft, ob eine Aufstockung um ein Geschoss ausreichen würde, um eine 4-Zügigkeit bis zur 6. Klasse zu erreichen. Daneben weist er auf ein südlich gelegenes Grundstück im Besitz der russischen Föderation hin, welches durch die Verwaltung dringend für mögliche Erweiterungsbauten gesichert werden müsste.

Frau Ruffen sind noch weitere Chancen für den Standort etwa darin, dort eine Dependence einer anderen Gesamtschule zu gründen.

Frau Dr. Klein erläutert, dass in der Nähe nur die Gesamtschule Wasseramselweg gelegen wäre; um aber der Idee zu folgen, könnte die Einrichtung einer Nebenstelle eines Gymnasiums überlegt werden. Die Verwaltung hat deswegen bereits mit dem Apostelgymnasium geredet insbesondere wegen des dortigen Sportprofils. Allerdings hat das Apostelgymnasium dieses Ansinnen sehr deutlich abgelehnt. Die beiden Schulen in Weiden und Widdersdorf kämen leider als Kooperationspartner nicht infrage, da in Weiden nun die große Baumaßnahme ansteht und Widdersdorf konzeptionell nicht dazu passt.

Frau Dr. Klein erklärt, dass die Turnhalle der Realschule mittlerweile hergestellt worden ist; zudem hat die Verwaltung einen Busshuttle zu den genutzten Sportstätten zur Verfügung gestellt. Frau Dr. Klein sagt zu, in ihrer nächsten Jahrespressekonferenz nochmals diese Realschule und ihr gutes Sportangebot hervorzuheben.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, bemerkt, dass eine Gesamtschule ohne Oberstufe eigentlich eine Sekundarschule wäre und somit für Köln nicht akzeptabel, und stellt fest, dass in der Innenstadt und in Lindenthal Gesamtschulen gebraucht werden. Deswegen regt er eine Initiative zugunsten dieses Standortes über die Fraktionen in der Bezirksvertretung Lindenthal an.

Herr Dr. Zimmermann wirft ein, die Realschule könne möglicherweise eine Dependence der Europaschule werden und weist darauf hin, dass der Sportverbund aufgrund der Heterogenität der Schülerschaft nicht nur aus Gymnasien bestehen sollte.

Herr Pfeuffer erläutert, dass bei der Bildung von Teilstandorten die schulrechtlich geforderte horizontale Gliederung zu beachten sei, weswegen eine räumliche Nähe erforderlich ist. Eine vertikale Gliederung sei nach Schulrecht nur zulässig, wenn nur auf diese Weise ein Schulangebot in einer Gemeinde gewährleistet werden könnte. Und dieser Fall ist in Köln erkennbar nicht gegeben.

Herr Gräbener erläutert zu der Aufforderung seitens Frau Nessler-Komp, eine Bauvoranfrage zu stellen, dass der Verfasser der Massenstudie diese Formulierung gewählt hat, weil hier der § 34 des Baugesetzbuches greift. Ohne Inanspruchnahme von Grünflächen ergäbe sich ein VIII-geschossiger Baukörper - so etwas wiederum erfülle nicht das gesetzliche Merkmal des Einfügens nach § 34 BauGB.

Herr Dr. Schlieben fasst zusammen, dass wegen aller dieser Fragen die Beantwortung noch mal auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung genommen wird. Dafür soll geklärt werden, ob nach dem Wortlaut des Gesetzes eine Ausnahme möglich wäre. In diesem Sinne spricht sich auch Frau Ruffen aus. Herr Dr. Schlieben betont, dass der Ausschuss alle Möglichkeiten ausloten will, Schulraum zu schaffen.

Frau Naegele, sachkundige Einwohnerin (SPD), stellt fest, dass die Bildung einer Dependence beispielsweise für die Europaschule nicht nur eine reine Strukturierungsmaßnahme sei. Inhaltlich erläutert sie dazu, dass dann neben einer entsprechenden Sachausstattung auch die personelle Ausstattung gewährleistet sein müsste. Zwar lägen diese Schulen nicht weit auseinander, seien aber in sehr unterschiedliche Strukturen und Wegeverbindungen eingebettet. Sie plädiert für eine Klärung, ob auf andere Gebäude zurückgegriffen werden könnte. Die Zulassung einer 3-zügigen Gesamtschule wäre vom Votum des Schulministeriums des Landes abhängig.

In dem eben diskutierten Sinn plädiert Herr Dr. Schlieben dafür, an das Land NW im Zuge einer Novellierung des Schulgesetzes zurückzuspiegeln, wo der Schulausschuss der Stadt Köln Veränderungsbedarf sieht.

Zum zuvor erwähnten Grundstück der russischen Föderation erläutert Herr Brust, dass dieses Gebäude schon vor Jahren seitens eines privaten Eigentümers ersteigert worden ist. In dieser Sache gebe es einen Rechtsstreit zwischen dem Privaten und der russischen Föderation; die Verwaltung müsste sich in dieses Verfahren einklinken, um jetzt noch mitverhandeln zu können.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen; Wiedervorlage zur nächsten Sitzung

3.2 Neue Anfragen

3.2.1 Schulreservergrundstück in Köln Wahn/Libur AN/0078/2018

**Schulreservergrundstück in Wahn/Libur, Anfrage CDU-Fraktion
AN/0078/20187
0230/2018**

Der Ausschussvorsitzende dankt für die rasche Antwort. Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

3.2.2 Unterrichtsbetrieb und Kostenstruktur der Rheinischen Musikschule AN/0079/2018

**Unterrichtsbetrieb und Kostenstruktur der Rheinischen Musikschule
0247/2018**

Frau Hölzing, sachkundige Einwohnerin (Grüne), bittet ergänzend zu der Antwort um eine Aufgliederung der Teilzeitkräfte mit Darstellung derer Einsatzstunden an Nachmittagen, aufgeteilt nach Honorarkräften und Kräften nach Tarifvertrag.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, verweist auf die anstehende Podiumsdiskussion bei der Rheinischen Musikschule am 14. Februar, an der auch die Ratspolitik teilneh-

men wird. Eingeladen hat der Leiter der Rheinischen Musikschule; darin zeige sich auch dessen Sorge um die Gewährleistung des Unterrichts. Die Fraktionen hätten bereits mit der Initiative der Beschäftigten gesprochen. Dazu stellt er in den Raum, dass die Politik überlegen müsse, ob neben der Volkshochschule, dem Offenen Ganztage und der Rheinischen Musikschule noch weitere Beschäftigungsverhältnisse bestünden, die verbessert werden müssten. Für den Termin bittet er die Verwaltung aufzugliedern, wie viele arbeitnehmerähnliche Beschäftigungsverhältnisse bei der Rheinischen Musikschule bestehen.

Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, betont den guten Ruf der Rheinischen Musikschule in Köln. Er vergleicht die aktuelle Situation mit der an der Volkshochschule, bei der ebenfalls die Honorarsituation der Lehrkräfte ein großes Thema gewesen ist. Ergänzend bittet Herr Zimmermann um Darstellung der Einnahmeausfälle für die Schule durch Teilnehmer mit einem Köln-Pass. Trifft es zu, dass diese Mindereinnahmen aus dem eigenen Budget ausgeglichen werden müssen?

Herr Dr. Schlieben wertet diese und weitere Wortmeldungen so, dass diese Frage in die Haushaltsplangesprache 2019 eingehen wird.

Herr Thelen ergänzt, die Honorarkräfte hätten behauptet, der städtische Zuschuss sei seit den neunziger Jahren gleich hoch geblieben, obwohl sich die Teilnehmerzahlen seitdem verdoppelt hätten.

Frau Dr. Klein wird alle diese Fragen schriftlich beantworten. Sie stellt fest, dass die Rheinische Musikschule immer mit einem knapp bemessenen Budget auskommen musste und bestätigt die Notwendigkeit der Klärung der Budgetsituation der Musikschule. Vor vielen Jahren habe die Gemeindeprüfungsanstalt auch die Rheinische Musikschule untersucht und dabei deren „Wirtschaftlichkeit“ besonders betont. Dies habe daran gelegen, dass die Schule mit sehr vielen Honorarkräften im Verhältnis zu Festangestellten gearbeitet hätte. Sie verweist auf die sehr gute Kooperation mit der Musikhochschule; die Rheinische Musikschule habe eine hohe Bedeutung und bilde somit die Grundlage für viele Studierende in Köln. Insofern müsse über die Frage der Honorierung und andere Dinge nachgedacht werden.

Herr Kockerbeck bittet, alle diese Fragen möglichst schriftlich vor der Veranstaltung zu beantworten und wirft zusätzlich ein, er habe gehört, die Honorare seien seit 2001 nicht mehr erhöht worden.

Die Antwort der Verwaltung wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.

3.2.3 Impfschutz in Köln AN/0080/2018

Frau Gerlach, sachkundige Einwohnerin (Ratsgruppe Bunt) erläutert den Hintergrund Ihrer Anfrage. Frau Nessler-Komp fasst die Meinung des Schulausschusses so zusammen, dass die Antwort der Verwaltung auf jeden Fall zusätzlich dem Gesundheitsausschuss vorgelegt werden soll.

3.2.4 Kernsanierung der Heinrich-Böll-Gesamtschule AN/0075/2018

Eine Antwort der Verwaltung lag noch nicht vor.

4 Vorlagen der Verwaltung

4.1 Beschluss über die kommunale Klassenrichtzahl und somit die Zahl der Eingangsklassen der Kölner Grundschulen in städtischer Trägerschaft und die Festlegung der Schulplätze in diesen Klassen für das Schuljahr 2018/19 3948/2017

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, merkt an, dass nach den Ausführungen in der Beschlussvorlage 40 Klassen mehr gebildet werden könnten. Er fragt, ob damit die Möglichkeit bestünde, auf diese Weise die Klassenstärke zu reduzieren.

Herr Pfeuffer erläutert, dass dies nach den schulgesetzlichen Regelungen theoretisch möglich wäre und auch, dass damit die Klassenstärken reduziert würden. Die Verwaltung hat jedoch bei der Prüfung berücksichtigt, dass sowohl die räumliche wie auch die personelle Situation dafür nicht ausreichend wären. Mit dem Verwaltungsvorschlag bewege man sich innerhalb der gesetzlichen Bandbreiten zur Klassenbildung.

Herr Goss, Stadtschulpflegschaft, ist erstaunt, dass gegenüber dem letzten Schuljahr nur eine einzige Klasse hinzugekommen ist. Er würde es befürworten, wenn man dem Verwaltungsvorschlag den Idealzustand gegenüberstellen würde.

Herr Pfeuffer antwortet darauf, dass ohne diese Kapazitätsausweitungen die Stadt heute nicht so gut dastehen würde. Und er stellt eindringlich heraus, dass alle Prognosen von noch weiter steigenden Schülerzahlen ausgehen. Es sind bereits jetzt 25 % mehr Kinder im Vorschulalter im System, als noch vor 10 Jahren, die sukzessive in die Schulen übergehen. Deswegen ist es nur mit dem Verwaltungsvorschlag möglich, die erforderlichen Plätze bereitzustellen.

Herr Gutzeit, CDU-Fraktion, stellt ab auf die im Jahr 2018 zahlreich vorgenommenen Zügigkeitserhöhungen; ganz offensichtlich habe hier ein hoher Bedarf bestanden. Für ihn ist fraglich, ob damit alle Möglichkeiten ausgeschöpft sind oder hier die Finanzierung des notwendigen Personals ausschlaggebend ist.

Herr Pfeuffer antwortet darauf, dass ohne diese Kapazitätsausweitungen die Stadt heute nicht so gut dastehen würde. Und er stellt eindringlich heraus, dass alle Prognosen von noch weiter steigenden Schülerzahlen ausgehen. Es sind bereits jetzt 25 % mehr Schüler im System, als noch vor 10 Jahren. Deswegen ist es nur mit dem Verwaltungsvorschlag möglich, die erforderlichen Plätze bereitzustellen.

Herr Dr. Gutzeit zieht das Fazit, dass der Ausschuss eigentlich eine ganz genaue Prioritätenliste haben müsste, um wirklich auf die Hotspots reagieren und die größten Missstände abstellen zu können.

Herr Thelen bittet die Verwaltung, Prioritätenlisten mit Kriterien wie OGTS und Anmeldungen zu erstellen, und dies dezidiert aufzustellen. Dies sei entscheidend für die Frage, wo man Container aufstellen sollte.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt die kommunale Klassenrichtzahl gem. Ausführungsverordnung zur § 93 Absatz 2 SchulG und somit die Zahl der Eingangsklassen der Grundschulen und die Festlegung der Schülerplätze in diesen Klassen an den Kölner Grundschulen.

Für das Schuljahr 2018/2019 werden an den Kölner Grundschulen in städtischer Trägerschaft (unter Verweis auf die Anlage zu dieser Vorlage) 535 Eingangsklassen gebildet.

In den städtischen Grundschulen mit Gemeinsamem Lernen wird die Schülerzahl in den Eingangsklassen auf 25 begrenzt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen.

**4.2 Zusätzliche Mittel für Inklusion und Integration im Rahmen der offenen Ganztagschule im Primarbereich
3811/2017**

Herr Dr. Schlieben informiert darüber, dass im Jugendhilfeausschuss am 16. Januar der entsprechende Beschluss einstimmig gefasst worden ist.

Frau Kessing, Bündnis 90/Die Grünen betont, dass es dieses Vorgehen vor Ort zu vielen praktikablen Lösungen führen wird. Es bleibt allerdings immer noch eine Menge zu tun, um die Offene Ganztagschule noch besser aufzustellen.

Herr Pannes, sachkundiger Einwohner Fraktion die Linke, kann sich diesem Optimismus nicht anschließen und fragt sich, was vor Ort wirklich geschehen wird. Denn die Verausgabung scheint nun in den Händen der Träger des Offenen Ganztages zu liegen. Er verweist diesbezüglich auf die Diskussion innerhalb der Gewerkschaft GEW, sodass es so scheint, dass die Mittel nicht transparent eingesetzt werden. Im gebundenen Ganztags hingegen würde sich dies stringenter darstellen, hier warte man weiter aufs Land. Deswegen möchte er die Verwendung transparenter dargestellt wissen.

Herr Dr. Schlieben hält die Erlassbasis für die OGTS nicht länger für akzeptabel und erwartet eine gesetzliche Regelung durch das Land.

Beschluss:

Die Fachausschüsse bzw. der Finanzausschuss beschließen, ab dem Haushaltsjahr 2018 zur Stärkung von Inklusion und Integration im Rahmen der offenen Ganztagschule zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 1.000.000 € pro Jahr freizugeben. Die Mittel werden zur Erhöhung der Förderung von rund 33 € je OGS-Platz und Schuljahr eingesetzt.

Die in 2018 zusätzlich erforderlichen Mittel werden durch Ermächtigungsübertragung im Rahmen des Jahresabschlusses 2017 im Teilergebnisplan 0301 Schulträgeraufgaben zur Verfügung gestellt. Die für die Folgejahre erforderlichen Mittel wurden in der Haushaltsplanung 2018ff. berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen.

4.3 Planungsaufnahme zur Errichtung eines Erweiterungsbaus für die GGS Kopernikusstr. 40-42, 51065 Köln 2628/2017

Herr Thelen, Bündnis 90/Die Grünen, verweist darauf, dass der Ausschuss derzeit sehr viele Planungsbeschlüsse fasse, aber möglicherweise bei der Umsetzung zu wenig nachfasse. Also bittet er die Verwaltung um Auskunft, ob diese Planung auch durch die Gebäudewirtschaft im Rahmen ihrer Kapazitäten umgesetzt werden kann.

Herr Gerhards, Gebäudewirtschaft, erläutert dass die erste Anfrage für die Mensa aus dem Jahr 2011 stammte. Dieser Auftrag sei jedoch nicht umsetzbar gewesen. Die konkrete Umsetzung dieses neuen Planungsbeschlusses bleibe in der Priorisierung zu klären. Dazu erläutert er, dass durch die zwischenzeitlich erfolgten Neueinstellungen noch keine freien Arbeitskapazitäten entstanden seien.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Planungsaufnahme (bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI) zur Errichtung eines Erweiterungsbaus für die Gemeinschaftsgrundschule Kopernikusstr. 40-42, 51065 Köln-Buchforst, zur Erfüllung des Raumprogramms für eine 4-zügige Grundschule inkl. Mensa.

Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich die Planung und Kostenermittlung aufzunehmen und voranzutreiben.

Der Planung ist das in der Anlage beigefügte Raumprogramm zu Grunde gelegt (Anlage 1). Dabei sind entwurfs- und konstruktionsbedingte Abweichungen zulässig.

Die aus dem städtischen Haushalt zu finanzierenden Planungskosten gemäß vorläufiger Kostenschätzungen bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI, werden im Haushaltsjahr 2018 i. H. v. 54.912,25 € ergebniswirksam. Die Mittel i. H. v. 54.912,25 € sind im Haushaltsjahr 2018 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzelle 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen bereits veranschlagt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen.

4.4 Beschaffung und Aufstellung von Containereinheiten zur kurzfristigen Schaffung dringend notwendiger, zusätzlicher Schülerplätze 3518/2017

Herr Goss, Stadtschulpflegschaft, problematisiert die Situation der Schulhöfe, wie sie sich durch das Aufstellen zusätzlicher Schulcontainer ergibt. Im letzten Jahr habe er daher angeregt, der damaligen Beschaffung nur unter dem Vorbehalt zuzustimmen, dass es ein Flächenkataster geben wird. Er befürchtet, dass die Schulen durch diese zusätzliche Maßnahme zu sehr verdichtet werden.

Frau Hauser, CDU-Fraktion, bittet zu prüfen, wie weit die bereits beschafften Container tatsächlich ausgelastet sind. Dafür könne ein Blick auf die Raumplanung der jeweiligen Schule aufschlussreich sein.

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner (CDU), stellt fest, dass bei einzelnen Standorten die Planungen bereits aufgenommen worden sind; bei einigen aber auch nicht. Deswegen stellt sich ihm die Frage, ob die Maßnahmen tatsächlich zum Beginn

des neuen Schuljahres fertig werden. Weiterhin plädiert er angesichts der Höhe der Mietkosten dafür alternativ zu überlegen, einige der vorhandenen Computerräume besser zu nutzen.

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP) geht davon aus, dass die Schulbaurichtlinien auch hinsichtlich der Mindestflächen an m² pro Kind für Schulhöfe beachtet werden.

Zur Frage von Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, nach den bereits im November 2017 mit einer Mitteilung vorgestellten möglichen Standorte bestätigt die Verwaltung, dass diese Beschlussvorlage auf den seinerzeitigen Vorschlägen aufbaut. Frau Nessler-Komp befürwortet, parallel zur Aufnahme der Beschaffungen dieser Absichten mit den betroffenen Schulen zu kommunizieren, da sie ansonsten eine Reihe von Anfragen befürchtet.

Herr Goss greift den zuvor geäußerten Vorschlag auf und bittet die Verwaltung um Prüfung, ob durch Doppelnutzung von Räumen die Beschaffung einiger Container entbehrlich werden könnte.

Nach Auffassung des Herr Dr. Schlieben ist schon länger bekannt, dass zusätzliche Schulplätze gebraucht werden. Er hat die Sorge, dass nicht alle rechtzeitig zum Schuljahresbeginn zur Verfügung stehen werden und fragt deshalb, wo die Kinder so lange beschult werden und ob die jetzt diskutierte Beschaffung nicht schon besser zu Schuljahresbeginn 2017/18 hätte beschlossen werden müssen.

Frau Dr. Klein erläutert, dass es nach den Anmeldezahlen insbesondere an den Grundschulen nach wie vor sehr eng zugeht. Sie bestätigt, dass der Vorschlag zur Aufstellung von Containern oftmals dazu führt, dass in den Schulen weitere Einzelfalllösungen zur Mitnutzung anderer Räumlichkeiten angeboten werden. Sie geht nicht davon aus, dass in den Schulen noch so viel Platz vorhanden ist, um dieses Problem strukturell lösen zu können und verweist in diesem Zusammenhang auf einige Bauprojekte. Die Verwaltung hat die Rechtspflicht der Schulraumbereitstellung; insofern hätte die Verwaltung diese Vorlage gerne früher eingebracht. Die Zwischenzeit wurde jedoch dafür genutzt, intensiv mit der Gebäudewirtschaft zu klären, dass diese Maßnahmen auch wirklich personalisiert und somit realisierbar sind. Herr Gerhards bestätigt das. Nach den Gesprächen mit den Schulen sehen sich diese für eine Übergangszeit in der Lage, einige Wochen bis zur Aufstellung zu überbrücken.

Herr Gräbener erläutert, dass nicht nur die Frage der personellen Kapazitäten abzustimmen war, sondern auch hinsichtlich der baulichen Gegebenheiten geklärt werden musste, ob die Aufstellung von Containern passt. Diese Ergebnisse liegen nun alle vor.

Herr Dr. Schlieben betont die Bereitschaft des Schulausschusses, ggf. noch weitere Beschlüsse in dieser Richtung zu fassen, wenn sich für das Schuljahr 2019/20 herausstellen sollte, dass noch mehr Container gebraucht würden.

Herr Gräbener schränkt dies insoweit ein, als es mittlerweile fast keine Schulen mehr gibt, bei denen tatsächlich noch die Möglichkeit bestünde, Container aufzustellen. Zur Kommunikation mit den Schulen bemerkt er, dass diese bisher nur grundsätzlich informiert seien, dass Container beschafft werden sollen. Die konkrete Information erfolgt umgehend nach Beschlussfassung.

Zu den Schulhöfen informiert Frau Heuer, dass man unterscheiden müsse zwischen dem, was nach den Leitlinien wünschenswert ist und den realen Erweiterungsnotwendigkeiten. Die Verwaltung könne das drängende Schulraumproblem nur dann ansatzweise lösen, wenn tatsächlich bebaubare Flächen auch bebaut werden.

Herr Dr. Gutzeit bittet zu der in der Vorlage genannten 10-jährigen Nutzungszeit der Container um Auskunft, was anschließend damit geschehe. Zudem weist er auf die Anspruchskonkurrenz zwischen mehr Fachräumen einerseits versus mehr Klassenräume hin, die zu beachten sei.

Herr Dr. Zimmermann bittet die Verwaltung um Stellungnahme zu einer Aussage im Kölner Stadtanzeiger, ob tatsächlich ein Unterricht in zwei Schichten drohe.

Herr Goss würde gerne erfahren, welche Maßnahmen die Verwaltung vorsieht, sollte es in absehbarer Zeit keine freien Flächen mehr geben.

Frau Dr. Klein betont, dass es der Verwaltung gerade daran gelegen ist, einen Mehrschichtbetrieb mit allen Kräften zu vermeiden. Allerdings sieht sie die tatsächlichen Bauprozesse als nicht kongruent mit der realen Entwicklung der Bedarfszahlen an. Und genau aus diesem Grunde habe die Verwaltung die alternativen Vorschläge unterbreitet, die gerade im Schulausschuss diskutiert würden. Herr Gerhards betont, dass die Gebäudewirtschaft einen sehr hohen Anteil ihrer personalen Kapazitäten für den Schulbau abstellt. Dies wird vom ASW gewürdigt.

Herr Dr. Heinen, SPD-Fraktion, nimmt Bezug auf die großen Herausforderungen im Schulbereich und stellt fest, dass die Stadtverwaltung hier zu langsam voran schreitet. Aus Sicht der SPD könnte ein Ansatzpunkt zur Lösung sein, die Lage sofort nach Dienstantritt mit der oder dem neuen Baudezernent*in im Schulausschuss zu erörtern. Herr Dr. Schlieben erklärt sich gerne bereit, dies aufzugreifen und schlägt vor, zu gegebener Zeit den oder die Baudezernent*in die nächst erreichbare reguläre Sitzung des Schulausschusses einzuladen.

Herr Dr. Schlieben ist bereit, diesen Vorschlag als Auftrag mitzunehmen, den- bzw. diejenige persönlich einzuladen, um diese Projekte zu besprechen.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, fragt unter Bezugnahme auf Frau Ruffen, ob es eine verbindliche Vorgabe für die Schulhoffläche pro Schüler gibt. Herr Gerhards entgegnet, es gebe dazu einen Orientierungswert nach Landesbauordnung, dieser sei nicht verpflichtend. Herr Dr. Schlieben bittet die Verwaltung, die konkrete Antwort dem Protokoll beizufügen.

Zur vorgesehenen 10-jährigen Nutzung erläutert Herr Gräbener, dass dem eine Annahme zu Grunde liegt, wie lange die Container am Standort genutzt werden müssen. Daraus hat sich auch die Bevorzugung eines Ankaufes ergeben.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich Containereinheiten zur Bildung von 21 Klassenräumen, 2 naturwissenschaftlichen Klassenräumen sowie einer Mensa, einer Küche, einem Personalraum sowie 2 Toilettenanlagen im Rahmen einer freihändigen Vergabe zu beschaffen und an 8 Standorten (s. Anlage 1) zur Nutzung als Vorbereitungsklassen, zur Mehrklassenbildung oder als Interim aufzustellen.

Die Finanzierung der Containerbereitstellung erfolgt über den Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Zur Refinanzierung ist im städtischen Haushalt eine zusätzliche Miete (Flächenverrechnungspreis) ab 2019 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, Teilplanzeile 16, sonstiger ordentlicher Aufwand zu veranschlagen, die sich für die Containeranlagen inklusive Nebenkosten und Reinigung auf rund 262.000 € p.a. beläuft. Die anteilig für das Jahr 2018 zu entrichtende Miete beträgt für die Containeranlagen inklusive Nebenkosten und Reinigung rd. 87.000 €. Sie ist im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, Teilplanzeile 16, sonstiger ordentlicher Aufwand veranschlagt.

Die Finanzierung der Einrichtungskosten in Höhe von einmalig ca. 968.000 € brutto erfolgt im Haushaltsjahr 2018. Der investive Anteil in Höhe von ca. 617.600 € sowie der konsumtive Anteil in Höhe von 350.400 € werden im Teilplan 0301, Schulträgeraufgaben, aus Mitteln des Förderprogramms Gute Schule 2020 finanziert.

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass der Teil des Grundstückes am Venloer Wall, auf dem die mobilen Unterrichtseinheiten für den schulischen Teilstandort Amaro-Kher errichtet werden, noch vom allgemeinen Liegenschaftsvermögen in das Sondervermögen der Gebäudewirtschaft übertragen wird.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen.

5 Mitteilungen

5.1 ZMI – Zentrum für Mehrsprachigkeit und Integration: „Eckpunkte zur Integration von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen in Kölner Schulen“ 3585/2017

Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, befürwortet die in diesem Konzept vorgeschlagenen Maßnahmen wie beispielsweise die Einbeziehung der Herkunftssprache in den Schulalltag.

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, begrüßt ebenfalls dieses Konzept, würde sich jedoch über eine stärkere Unterstützung der Schulen bei der Umsetzung dieser Eckpunkte freuen.

Frau Fuhrmann, sachkundige Einwohnerin (SPD), sieht diese Ideen als eine gute Chance die Integration an. Sie vermisst allerdings eine Konkretisierung dahingehend, wie genau und mit welchen Mitteln das umgesetzt werden soll. Sie bittet die Verwaltung um eine entsprechende Darstellung.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, verweist auf das Handwerkerinnenhaus, welches ein Siegel für die Wirksamkeit seiner Maßnahmen bekommen habe. Er fragt, ob die Träger dahin gebracht werden könnten, stärker darauf zu achten, welche der Maßnahmen wirklich zielführend sind.

Frau Heuer stellt fest, dass die Anregungen und Vorstellungen Themen für die Schulaufsicht seien und stellt die Zusammensetzung des ZMI dar; die Bezirksregierung ist darin vertreten. Sie sagt zu, diese Anregungen an die Vertreter im Beirat des ZMI weiterzuleiten.

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

5.2 BAN Baufeld A Hansa-Gymnasium - Sachstand zu Verzögerungen 3887/2017

Herr Dr. Schlieben fürchtet, dass durch den geschilderten Sachverhalt das Hansagymnasium voraussichtlich erst Mitte 2021 fertig werden wird, also nach einem Zeitraum von 16 Jahren ab den ersten Planungsüberlegungen.

Herr Thelen, Bündnis 90/Die Grünen, bittet um Auskunft, was der Verzug von 2 Jahren für die insgesamt angedachten Umzüge innerhalb der Bildungslandschaft bedeutet.

Frau Dr. Klein erinnert an zahlreiche Diskussionen im Planungsprozess. Sie verweist darauf, dass als eine wesentliche Nebenwirkung aus diesem intensiven Diskussionsprozess über dieses Modellprojekt der Planungsrahmen für pädagogische Raumkonzepte an Kölner Schulen weiterentwickelt worden ist. Dieser sei letztlich auch in den Referenzrahmen des Landes NRW übernommen worden. Mit der Schulgemeinde stehe die Verwaltung in einer guten Kommunikation. Sie zeigt Verständnis für die Verärgerung und berichtet, dass sie erst zuletzt mit der Schulgemeinde gesprochen habe.

Herr Gräbener informiert die Ausschusmitglieder darüber, dass sich vor wenigen Tagen beim Baufeld B ein Problem ergeben hat, sodass dieses Baufeld erst Ende 2018 fertig werden wird. Der entsprechende Umzug kann dann nach den Weihnachtstagen beginnen.

Herr Gerhards, Gebäudewirtschaft, weist zur Anmerkung bezüglich der langen Realisierungsdauer darauf hin, dass man nicht zuletzt aufgrund dieser Erfahrungen Absprachen mit den Projektleitern dahingehend getroffen habe, dass Projekte künftig binnen eines Zeitraums von 5 bis 6 Jahren auch tatsächlich abgeschlossen werden können. Auch die Kommunikationswege seien verbessert worden.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.3 Wiedereinführung des G9-Bildungsgangs an Gymnasien - Informationen zum geplanten Schulrechtsänderungsgesetz und zur Umsetzung in Köln 0014/2018

Frau Dr. Klein betont, dass die Verwaltung mit dieser Mitteilung frühzeitig die voraussichtlichen Konsequenzen der zu erwartenden Leitentscheidung des Landes bekanntgeben möchte. Aus Sicht der Verwaltung ist klar, dass im Grunde alle Schulen zu G 9 zurückkehren sollen. Die Verwaltung steht zu diesem Thema im ständigen Austausch mit dem Städtetag und hat das auch mit der Direktorenkonferenz erörtert. Die Stadt Köln erwartet, dass die meisten städtischen Gymnasien zu G 9 zurückkehren werden.

Das bedeutet, dass die Kinder, die ab dem kommenden Schuljahr an den städtischen Gymnasien aufgenommen werden, G 9-Kinder sein werden. Das bedeutet zusätzlich erforderliche 208 Räume plus weitere Funktionsräume. In der Konsequenz wird die Verwaltung Zügigkeiten zurücknehmen müssen und es werden über die schon jetzt notwendigen weiteren Schulen noch zusätzliche neue Schulen gebraucht werden. Diese müssten zudem in 5 Jahren bereitstehen. Die Verwaltung gibt sich nicht der Illusion hin, dass das mit den üblichen Verwaltungsverfahren abgedeckt werden könnte. Frau Dr. Klein sieht hier die Notwendigkeit, Private, z.B. Totalunternehmer, einzubeziehen.

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, schlägt zusätzlich dazu vor, die Gymnasien mit Anreizen dazu zu bringen, bei G 8 zu bleiben. Zur Anmerkung von Frau Ruffen, die ein rasantes Wachstum der Kinderzahlen bezweifelt, entgegnet Herr Pfeuffer, dass die städtischen Prognosen von 2008 für die Zukunft noch zurückgehende Kinderzahlen vorhergesagt hatten. Seit 2009 sieht das ganz anders aus und in den letzten 2 bis 3 Jahren sei sogar ein eher exponentielles Wachstum festzustellen. Heute gebe es 25 % mehr Kinder im Alter zwischen 0 und 3 Jahren, als das noch vor 10 Jahren der Fall war.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, fragt, ob einige Gymnasien möglicherweise vom gebundenen Ganztag abrücken könnten.

Frau Dr. Klein erklärt dazu, dass dem gebundenen Ganztag immer ein Ratsbeschluss zugrunde gelegen habe und in der Regel Baumaßnahmen erfolgten. Der Schulträger werde also im Regelfall nicht zur Halbtagschule zurückkehren. Entsprechende Wünsche müssten sehr gründlich diskutiert werden.

Herr Dr. Zimmermann, CDU-Fraktion, wundert sich, dass bei der überschlägigen Kalkulation zwei verschiedene Rechenmodelle angewendet worden seien und fragt, wann auf der Grundlage der jetzt mitgeteilten Erkenntnisse eine neue Schulentwicklungsplanung vorgelegt wird.

Herr Pfeuffer teilt mit, dass die Verwaltung bereits daran arbeitet. Allerdings müssten das 9-jährige Gymnasium und die neue städtische Bevölkerungsprognose zusammen betrachtet werden. Die Erstellung der Prognose benötigt noch einige Zeit. Im Sommer 2018 soll ein erster Aufschlag zur fortgeschriebenen Schulentwicklungsplanung erfolgen.

Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, bittet für die absehbar hinzukommenden neuen Schulstandorte möglichst rasch die Grundstücksfrage zu klären.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, ist erfreut darüber, dass das Land die Konnexitätsrelevanz des Zurückgehens auf G-9 anerkannt hat, fragt sich jedoch, was dies konkret bedeute.

Frau Dr. Klein nimmt zu entsprechenden verschiedenen Denkanätzen Stellung.

Frau Kessing, Fraktion Bündnis 90/die Grünen, bittet bei diesen Überlegungen auch die Bedürfnisse der Gesamtschulen mit zu berücksichtigen.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, vertritt ebenfalls die Auffassung, dass die Kölner Gymnasien zu G 9 zurückkehren werden; das wirft die Frage nach der Umsetzung des Raumbedarfes auf. Vor rund einem Jahr hat es ein Gespräch mit der Oberbürgermeisterin und dem Baudezernenten gegeben; Herr Philippi mahnt jetzt ein Flächenmanagement für den absehbaren Mehrbedarf an. Zudem muss eine Musterlösung entwickelt werden, wie in 5 Jahren der Bedarf auch baulich gesichert werden kann. Er plädiert dafür, dieses innerhalb der Verwaltung zur Chefsache zu machen und deswegen möglichst kurzfristig den Stadtdirektor und die Dezernentin Frau Blome in den Ausschuss einzuladen.

Herr Dr. Schlieben stellt den übereinstimmenden Konsens des Schulausschusses fest, den Elternwillen insofern umzusetzen, indem die notwendigen Schulplätze auch tatsächlich geschaffen werden.

Frau Niknamtavin, BezirksschülerInnenvertretung, begrüßt die Wiedereinführung des Bildungsgangs G 9. Zu der Diskussion hinsichtlich Verbleib bei G8 meint sie, aus ihrer Sicht müssten die Schulen den Lehrauftrag gegenüber den Schülerinnen und Schülern erbringen und nicht gegenüber dem Land.

Herr Kockerbeck sieht in der Rückkehr zu G 9 eine immense Aufgabe insbesondere für die großen Städte, sodass Bund und Land hier mit einem Investitionsprogramm helfen müssten.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen. Herr Dr. Schlieben schlägt vor, sie zur Information an alle Bezirksvertretungen zu geben. Der Ausschuss ist damit einverstanden.

5.4 Durchführungskonzept Kölner Jugendbefragung 2018 4042/2017

Herr Dr. Heinen, SPD-Fraktion, berichtet in seiner Funktion als Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses über die dortige Beratung. Nach langer Diskussion im Jugendhilfeausschuss waren nahezu alle Mitglieder der Auffassung, dass die Befragung mit diesem Fragebogen, für dessen Konzeptionierung extra ein Beirat gebildet worden ist, erfolgen kann. Die Rheinische Hochschule wird bei der Durchführung unterstützend tätig sein. Die Befragung wird im Sommer durchgeführt; danach sollen die Rückläufe zunächst evaluiert werden. Sodass die eigentliche Mitteilung des Ergebnisses erst im Sommer 2019 erfolgt; der Jugendhilfeausschuss möchte jedoch vorab Ergebnisse sehen.

Herr Pannes, sachkundiger Einwohner Fraktion DieLinke, würde eine Nachsteuerung insofern befürworten, weil der Fragebogen nicht ausreichend auf die wirtschaftliche Situation der Jugendlichen eingeht. Zudem sieht er das gewählte multiple-choice-Verfahren als problematisch an. Herr Dr. Schlieben und Herr Dr. Heinen bestätigen, auch diese Fragen seien im Jugendhilfeausschuss diskutiert worden.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.5 VHS Köln: Integrationskursträger für weitere fünf Jahre 0096/2018

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.6 Das VHS-Programm für das 1. Semester 2018 liegt vor 0097/2018

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.7 Beantragte Zügigkeitserhöhung am Stadtgymnasium Porz und dem Friedrich-Wilhelm-Gymnasium 3953/2017

Herr Dr. Schlieben findet es bemerkenswert, dass die Bezirksregierung Köln dem Votum der Schulkonferenz folgt und fragt sich, ob dies eine Änderung der Geschäftsgrundlage darstelle.

Frau Dr. Klein ist auch erstaunt darüber, dass letztendlich die Zügigkeitserhöhung abgelehnt wurde. Nun wird die Verwaltung Mehrklassen einrichten; so habe man sich mit diesem Procedere im Kreis gedreht. Frau Heuer weist auf einen sachlichen Unterschied hin nämlich, dass bei einer Zügigkeitserhöhung auch die Fachräume hätten nachgewiesen werden müssen. Die Bildung von Mehrklassen zählt rechtlich als temporäre Maßnahme; dabei ist dann dieser Nachweis nicht zwingend. Im vorliegenden Fall wären nicht alle Fachräume nachweisbar gewesen.

Herr Dr. Schlieben würde gerne erfahren, welche Gründe bei der Bezirksregierung Köln dazu geführt haben, die Entscheidung in diesem Sinne zu treffen. Grundsätzlich erhöht der Schulausschuss die Zügigkeit bei Schulen nicht leichtfertig, sondern nur dann, wenn dies auf Dauer angezeigt sei.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.8 Erfahrungsbericht zum Projekt „Pädagogische Begleitung und Integrationshilfen für Roma-Familien“ (2010-2016) 0045/2018

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

6 Anfragen

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, nimmt Bezug auf die Presseberichterstattung, wonach die Stadt Köln zu den wenigen Städten gehört, die alle Mittel aus dem Landesprogramm „Gute Schule“ abgerufen hat. Sie möchte gerne im Schulausschuss einen Bericht zum zwischenzeitlich erreichten Stand haben. Frau Heuer entgegnet, dass dieser Bericht bereits in Aufstellung ist.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/die Grünen findet es erstaunlich, dass der WDR intensiv über die Umsetzung des Programms berichtet hat. Dabei aber nicht erwähnte, dass in Köln gut gearbeitet worden ist. Schön wäre es, wenn auch Positives berichtet würde. Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, meint auch die Politik sollte darstellen, was in der Umsetzung gut gelaufen ist.

Herr Goss, Stadtschulpflegschaft, nimmt Bezug auf die neue Zuständigkeitsordnung, wonach die Bezirksvertretungen jetzt für Unterhalt und Ausstattung der Schulhöfe ab 50.000 € in ihrem Stadtbezirk zuständig sind. Er bittet um Auskunft, wie diese Aufgabe im Ablauf organisiert wird. Frau Heuer hat darüber mit der Gebäudewirtschaft im Rahmen der Zielvereinbarungen gesprochen; es wird befürchtet, dass durch die notwendig werdenden zusätzlichen Beschlussvorlagen Zeitverzögerungen entstehen könnten.

Frau Westphal, sachkundige Einwohnerin FDP-Fraktion, erinnert daran, dass sie schon dreimal eine Anfrage bezüglich der Anmeldebögen an Schulen gestellt habe. Frau Heuer entgegnet, dass die Verwaltung diese Hinweise aufgegriffen hat und in die Schulpost einen Hinweis an die Schulen aufgenommen habe, um die Schulen darauf hinzuweisen, dass sie so verfahren sollen.

Frau Heuer sagt zu, aufgrund des heutigen Hinweises nochmals in der Schulpost darauf hinzuweisen; sie informiert, dass in der Regel dazu keine Rückmeldungen seitens der Schulen erfolgen. Die nächste Schulpost erscheint jedoch nicht so rechtzeitig, dass damit das anlaufende Anmeldeverfahren erreicht würde.

7 Verschiedenes

Köln, den

Dr. Schlieben

Vorsitzender

Klais

Schriftführer

Anlage 1:

Stellungnahme zu den Nachfragen zu Unterrichtsbetrieb und Kostenstruktur der Rheinischen Musikschule